

Aus Quito kommt die Chronik eines Wahlhangovers ohne Happy End. Das überraschende Ergebnis hat die Linke geschockt und einer Regierungspartei, die Donald Trump huldigt, die Wiederwahl beschert. Warum spricht die Opposition von Wahlbetrug? Und was erwartet ein von Gewalt gezeichnetes Ecuador nun? Eine Reportage von **Marco Teruggi**.

„Hier stiegen sie ein und sagten mir: ‘Schau mal, ich bin für Noboa’. Von etwa 20 Kunden waren fast alle für Noboa, etwa fünf oder sechs für Luisa“, sagt Carlos, während er seinen Uber durch die steilen Straßen von Quito fährt, zufrieden mit dem Ergebnis der Wahlen vom Sonntag.

Er gehörte zu den wenigen, die von den Zahlen des Nationalen Wahlrats (CNE) nicht überrascht waren, als dieser den Sieg von Daniel Noboa mit mehr als elf Punkten Vorsprung vor Luisa González bekannt gab. Ein K.-o.-Sieg, den keine Umfrage oder Wahlprognose vorhergesagt hatte.

Ebenso wenig hatte man erwartet, dass González am Sonntagabend auf die Bühne steigen und sagen würde: „Das ist eine Diktatur und der größte Wahlbetrug, den wir Ecuadorianer je erlebt haben.“ Die überraschten Gesichter der Führungskräfte an ihrer Seite zeigten die Wirkung der Anfechtung der Niederlage mit fast 1,2 Millionen Stimmen Unterschied und den Aufruf zu einem Kreuzzug für eine Neuauszählung und die Öffnung der Wahlurnen.

Seitdem sind 72 Stunden vergangen, und der Alltag in der Hauptstadt verlief wie jede Woche, ohne Demonstrationen oder Kundgebungen vor dem CNE, um den Betrug anzuprangern, und ohne Ankündigungen, dass es solche geben wird. Oberflächlich betrachtet ist alles wie zuvor, mit abwechselnd sonnigen und regnerischen Tagen, dem Blick der Jungfrau der Apokalypse auf dem Gipfel des Panecillo, den dunkelgrünen Bergen und dieser seltsamen Traurigkeit in Quito, die von weit her zu kommen scheint.

Eine Ruhe in einer Stadt, die unter der Bedrohung des am Tag vor den Wahlen erlassenen Präsidialdekrets steht, das die Bewegungs- und Versammlungsfreiheit einschränkt und die Unverletzlichkeit der Kommunikation und der Wohnung für 60 Tage aussetzt. Allerdings sind dies keine neuen Einschränkungen: Der Ausnahmezustand ist nicht außergewöhnlich, sondern seit mindestens sechs Jahren an der Tagesordnung in einem Land in der Krise, das an das tragische Narco-Kolumbien der 1980er-Jahre erinnert

Die Frage ist nun, ob der Druck für eine Neuauszählung der Stimmen zunehmen wird oder ob die Betrugsvorwürfe in den sozialen Netzwerken verpuffen werden. Im Moment scheint es, als würde sich die zweite Option durchsetzen, während Noboa beginnt, seinen Plan für weitere vier lange Jahre vorzubereiten, in denen er Ecuador wie seine Bananenplantage

regieren will.

Betrug leicht gemacht

Auf die entschiedenen Betrugsvorwürfe von González folgte eine Reihe von eigenen Führungskräften und Verbündeten, die sich distanzierten und den Sieg von Noboa anerkannten. Im Lager der Bürgerrevolution hallten die Namen von Pabel Muñoz, Bürgermeister von Quito, Paola Pabón, Präfektin von Pichincha, Aquiles Álvarez, Bürgermeister von Guayaquil, Marcela Aguiñaga, Präfektin von Guayas, oder Leonardo González, Präfekt von Manabí, wider.

Dass die Abgrenzung weitgehend von Akteuren mit institutionellen Ämtern ausging, lässt sich wohl durch die drohenden Gerichtsverfahren und möglichen Amtsenthebungen erklären, denen sie ausgesetzt sind (wie im Fall von Muñoz), sowie durch eigene Analysen des Wahlergebnisses vom Sonntag und durch politische Kalküle für die Zukunft. Jeder positioniert sich angesichts der bevorstehenden oder sogar bereits eingetretenen Verfolgung, mit Ausreisewarnungen für fast hundert Regierungsgegner.

Auch die Wahlverbündeten des Correismus distanzierten sich, wie Jan Topic, Unternehmer, Kandidat für 2023 und 2025 zugunsten von Noboa disqualifiziert, der die Niederlage von González anerkannte.

Und ebenso Pachakutik, der politische Arm der Confederación de Nacionalidades Indígenas del Ecuador (Conaie). Die Position der wichtigsten indigenen Organisation war in diesem Szenario entscheidend: Sie ist die einzige Bewegung, die in der Lage ist, eine Massenmobilisierung auf den Straßen zu organisieren, was die Bürgerrevolution, die sich auf die politische Superstruktur konzentriert, aus eigener Kraft nicht leisten kann.

Die zunehmende Zurückhaltung bei der Unterstützung der Betrugsvorwürfe von González und Rafael Correa spiegelte sich auch auf internationaler Ebene wider, wo Lula da Silva, Xiomara Castro, Yamandú Orsi, Gabriel Boric und die Wahlbeobachtermission der Europäischen Union das Ergebnis anerkannten.

Die Zweifel daran, dass es tatsächlich zu einem Wahlbetrug bei den Ergebnissen vom Sonntag gekommen ist, beruhen auf dem Fehlen öffentlich vorgelegter Beweise, die dies zum jetzigen Zeitpunkt in einem Ausmaß belegen, das den angekündigten Stimmenunterschied zwischen den beiden Kandidaten erklären würde.

Der ehemalige Präsident Correa erklärte, er sei dabei, solche Beweise zu sammeln.

Am Mittwochabend prangerte González an, dass es „mehrere Versionen der Wahlprotokolle gab, die vom CNE selbst geändert wurden, nachdem sie in das System eingegeben worden waren (...) und damit das Endergebnis verfälschten“, „eine künstliche Verringerung der Wahlenthaltung, es gab mehr Stimmen als Wähler“, und sie forderte vom CNE „die sofortige Veröffentlichung aller ordnungsgemäß unterzeichneten Wahlprotokolle“. Sie versicherte außerdem, über „1.984 nicht gemeinsam unterzeichnete Protokolle und 1.526 Protokolle, deren Summe nicht mit der Anzahl der Wähler übereinstimmt“ zu verfügen, die daher im Kontext eines Betrugs, bei dem „mehr als eine Million Stimmen gestohlen wurden“, für ungültig erklärt werden müssten.

Es gibt durchaus ein logisches Argument, um die Zweifel am Ausgang zu erklären: „Das Ergebnis ist statistisch und wahltechnisch unmöglich“, wiederholt Correa. Weil González zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang in mindestens sechs Provinzen Stimmen verloren hat; weil es nicht sein kann, dass die Bündnisse mit Topic oder Conaie keine Stimmen gebracht haben; weil González nur 159.000 Stimmen hinzugewonnen hat, während Noboa mehr als 1,3 Millionen Stimmen dazugewonnen hat; weil die Differenz zwischen den Exit Polls und dem Endergebnis mathematisch nicht zu erklären ist; weil keine Umfrage oder Nachverfolgung diese Differenz ergeben hat. Ein „sehr zweifelhafter Sieg“, wie Mexikos Präsidentin Claudia Sheinbaum erklärte.

Es gibt auch kontextbezogene Gründe: Der Wahlkampf fand von Anfang an in einem undemokratischen Rahmen statt. Angefangen bei der Ignoranz der Wahlbehörde CNE gegenüber den zahlreichen Unregelmäßigkeiten und Rechtsverstößen Noboas über die kurzfristige Verlegung von Wahllokalen in Gebieten mit starker sozialer Basis des Correismus bis hin zum Ausnahmezustand am Tag vor der Wahl.

Eine Wahl mit unfairen Spielregeln, einem Schiedsrichter, einer Fangemeinde und einer Polizei, die bereit waren, jeden zu disziplinieren, der sich gegen den Präsidenten-Kandidaten stellte.

Das Ende der Formalitäten

„Als der CNE am Sonntag die Ergebnisse bekannt gab, war es, als würden sie den Sieg ihrer Mannschaft feiern“, berichtet eine erfahrene lateinamerikanische Politikerin, die die Bekanntgabe der Ergebnisse vor Ort beobachtete, wo die Rektoren von verummten Soldaten mit Langwaffen umringt waren.

Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro sagte am Dienstag: „Die Gebiete mit oppositioneller Mehrheit wurden zwei Tage vor den Wahlen unter Ausgangssperre gestellt

und unter militärische Kontrolle gebracht. Die Wahlleitung stand unter direkter militärischer Überwachung durch bewaffnete Männer mit verummten Gesichtern. An jedem Wahllokal war eine starke uniformierte und bewaffnete Militärpräsenz zu sehen. Wir mussten ausländische Beobachter schützen, weil sie Angst hatten, nicht mehr wegzukommen.“

Der letzte Teil der Wahl zeigte, wie die Kampagne eines Präsidenten verlief, der sich rechtlich aus dem Amt zurückziehen musste, um kandidieren zu können, dies aber nicht tat; und der in den letzten Wochen mehr als 500 Millionen Dollar in Form von Anleihen verteilte; oder der ein Abkommen mit dem US-amerikanischen Söldner Erik Prince schloss, der in Ecuador landete, um eine Wahlkampfveranstaltung gegen die Bürgerrevolution abzuhalten. Prince, der neben dem Innen- und dem Verteidigungsminister interviewt wurde, beschuldigte Correa, Verbindungen zum Drogenhandel zu haben und Vater eines Kindes von Luisa González zu sein.

Die Wahl passte in eine Zeit, in der demokratische und diskursive Formen immer weniger Bedeutung haben, manchmal gar keine. Wer kann, der kann.

In Ecuador stimmen laut dem Bericht 2024 von Latinobarómetro 53 Prozent der Bevölkerung zu, dass ein Präsident „Gesetze, das Parlament und Institutionen übergehen darf, um Probleme zu lösen“. Das ist der höchste Prozentsatz in der Region.

Noboa hat nun freie Bahn. Nachdem seine erste Amtszeit von einem Polizeieinsatz in der mexikanischen Botschaft und der Entsendung des US-Südkommandos ins Land geprägt war, stellt sich die Frage, was in den kommenden vier Jahren zu erwarten ist.

Innenminister José de la Gasca kündigte bereits am Tag nach der Wahl an, dass die nächste Regierung Noboa eine verfassungsgebende Versammlung vorantreiben werde, eine Strategie zur Abschaffung der Verfassung von Montecristi aus dem Jahr 2008, die unter der Präsidentschaft Correas per Volksabstimmung verabschiedet worden war.

Die neoliberale und neokoloniale Restauration erlebt derzeit ihren Höhepunkt. Der Präsident ist auch Teil eines Unternehmensimperiums mit rund 156 Firmen, das im Bananensektor eine Vormachtstellung innehat, und [wird beschuldigt](#), über sein Familienunternehmen Noboa Trading in Drogengeschäfte verwickelt zu sein. Die Noboas kontrollieren großflächige Plantagen und Lastwagen bis hin zu den Lagern und private Häfen, von denen aus Schiffe mit Bananenstauden und Kokainpaketen nach Europa auslaufen. Die Expansion des Unternehmensimperiums ist in einem Land, das zu einem Drehkreuz des Drogenhandels geworden ist, in vollem Gange.

Die Mehrheit unter Schock

In den Cafés von Quito wird nach den Wahlen eine Frage immer wieder gestellt: Wenn der Wahlbetrug das Ergebnis der Stichwahl nicht erklären kann, warum hat die Bürgerrevolution dann in ihrer dritten Präsidentschaftswahl innerhalb von vier Jahren wieder verloren?

Einige weisen auf Fehler im Wahlkampf hin. Einer davon betrifft die offenen Flanken in Bezug auf die Dollarisierung, ein hochsensibles Thema in Ecuador, das den Slogan „Luisa, entdollarisiert uns“ und die Verbreitung einer wirksamen Angstkampagne hervorgebracht hat.

Ein weiterer Faktor dürfte die Haltung gegenüber der Bolivarischen Revolution gewesen sein, vor dem Hintergrund einer starken Ablehnung der ecuadorianischen Bevölkerung gegenüber allem, was venezolanisch klingt.

„Ich mochte keinen der beiden, aber ich habe für Noboa gestimmt, weil mir dieser Teil des Sozialismus Angst macht, zumindest nach den letzten Äußerungen in der Debatte, dass sie Maduro als verfassungsmäßigen Präsidenten anerkannt hat, und auch die Friedensvermittler, von denen Luisa gesprochen hat, haben mir nicht gefallen“, sagt María auf der Plaza Murillo in Quito, in der Nähe einer lebensgroßen Pappfigur von Noboa, die am Eingang eines Restaurants steht.

Andererseits hat sich eine radikale Anti-Correismus-Haltung in vielen Köpfen festgesetzt. Dies ist eine Folge der permanenten Korruptionsvorwürfe und angeblichen Verbindungen zum Drogenhandel, der Einleitung von Gerichtsverfahren und der täglichen Medienberichte, die so zahlreich sind wie die Kirchen im kolonialen Zentrum von Quito. Jeder Fehltritt wird hochgespielt, insbesondere bei einer Stichwahl, bei der es darum ging, die unbeständigsten und wechselhaftesten Wähler zu erreichen, um die Decke der Stichwahlen von 2021 und 2023 zu durchbrechen.

Es gibt noch eine andere mögliche Erklärung, die mit den Schwierigkeiten der alten progressiven Kräfte oder Linken in der Region zusammenhängt, die sich in den internen Streitigkeiten innerhalb des argentinischen Peronismus-Kirchnerismus, dem Scheitern des Wandlungsprozesses in Bolivien oder der Krise der venezolanischen Präsidentschaftswahlen zeigen.

Erschöpfung der Repertoires, der sprachlichen Mittel, das Ende von Zyklen, angekündigte, aber nicht vollzogene Führungswechsel, Fotos vergangener Erfolge, die sepiafarben

werden, bis sie schließlich für die neuen Generationen, die von Subjektivitäten geprägt sind, die sich aus Prekarisierung und sozialem Aufstieg durch Apps, Wetten, Drogenhandel oder Migration entwickelt haben, verblassen.

Wenn eine andere Formel erforderlich ist, um ein anderes Ergebnis zu erzielen, stellt sich die Frage, wie die neue Arithmetik für eine Bürgerrevolution aussehen würde, die bei dieser Wahl im Gegensatz zu 2021 und 2023 sowohl mit dem indigenen Sektor als auch mit Akteuren der Rechten Bündnisse geschlossen hat.

Die Antwort darauf scheint dringend für eine geografisch zergliederte Bewegung, mit linken und konservativen oder unternehmerischen Strömungen in ihrem Inneren, wahrscheinlichen neuen Verrätereien und sich entwickelnden zentrifugalen Kräften, die in einem Land, das zu Lawfare und Blei verkommen ist, unter Bedrohungen (über)lebt.

Es bleibt schließlich eine Frage offen: Wie kann man in einem Umfeld, in dem demokratische Prozesse manipuliert werden und ein chronischer Schockzustand herrscht, eine Mehrheit aufbauen und Wahlen gewinnen? Alles deutet darauf hin, dass sich dieser Trend in einer Welt, in der Demokratie für diejenigen, die nach Gewinnmaximierung und Macht streben, obsolet wird, noch verschärfen wird.

Im Falle Ecuadors kommt hinzu, dass das Land unter der direkten Kontrolle seiner wirtschaftlichen Eigentümer steht, die offenbar vergessen haben, dass es sich um ein Land der Vulkane handelt.

Übersetzung: Vilma Guzmán, [Amerika21](#)

Titelbild: Shutterstock /Australian Camera

Mehr zum Thema:

[Appell zur Bewältigung der Krise in Ecuador](#)

[Wie wurde Ecuador von einer „Insel des Friedens“ zum „failed state“?](#)

[Ecuador nach Überfall auf die Botschaft Mexikos in Lateinamerika isoliert](#)

[Ecuador zwischen Hoffnung, Gewalt und Verfassungskrise](#)

